

Eppendorfer Strand



**MEHR
GRÜN
FÜR HAMBURG-NORD.
Wahl zur Bezirksversammlung 2014**

MEHR GRÜN FÜR HIER.

**BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN**

HAMBURG-NORD



ERLÄUTERUNG ZUM WAHLRECHT

Mit dem neuen Wahlrecht haben Sie 10 Stimmen auf den zwei Wahlzetteln: 5 Stimmen für die Bezirksliste (= gelb) und 5 Stimmen für die Wahlkreisliste (= rot).

Über die Anzahl der Sitze in der Bezirksversammlung entscheiden dabei ausschließlich Ihre Stimmen auf der Bezirksliste.

Mit Ihren 10 Stimmen können wir in Hamburg-Nord viele GRÜNE Ideen umsetzen. Das heißt: 5 Stimmen für die GRÜNE Bezirksliste auf dem gelben Wahlzettel sorgen für eine starke GRÜNE Fraktion in der Bezirksversammlung. Mit den 5 Stimmen auf der Wahlkreisliste entscheiden Sie darüber, wer für Sie in der Bezirksversammlung sitzen soll.

BEZIRKSLISTE DER GRÜNEN HAMBURG-NORD

PLATZ	NAME	VORNAME	JAHRGANG	BERUF
1	Wilckens	Carmen	1963	Wirtschaftsfachwirtin
2	Werner-Boelz	Michael	1966	Wissenschaftlicher Mitarbeiter
3	Sparr	Ulrike	1957	Redakteurin
4	Schilf	Michael	1962	Diplom Sozialpädagoge
5	Bill	Sabine	1981	Lehrerin
6	Reiffert	Christoph	1977	Dipl.-Landschaftsökologe
7	Behla	Yvonne	1979	Dipl. Sozialpädagogin / Sozialarbeiterin
8	Schmidt	Thorsten	1983	Dipl.-Ing. für Windenergie-technik
9	Blöcker	Alexandra	1989	Wissenschaftliche Mitarbeiterin
10	Gögge	René	1985	Personalsachbearbeiter
11	Kratt	Jessica	1986	Bildungskoordinatorin
12	Kranz	Timo	1981	Informatiker (M.Sc.) und Unternehmer
13	Imhof	Sina	1979	Juristin
14	Weil	Martin	1986	Diplom-Physiker
15	Möller	Carmen	1948	Bankkauffrau / Dipl. Informatikerin
16	Kaputanoğlu	Anil	1966	Germanist
17	Pläschke	Britta	1964	Büroleiterin
18	Hemesath	Ingo	1971	Architekt
19	McNeil	Jennifer	1980	Betriebswirtin
20	Prott	Wolfgang	1949	Jurist
21	Rehländer	Christiane	1976	Pressesprecherin
22	Stahr	Olaf	1961	Sachbearbeiter f. Sozialrecht
23	Schmedt auf der Günne	Tanja	1968	Rechtsanwältin
24	Elmendorf	Kai	1971	Projektentwickler
25	Wolf	Frauke	1985	Webdesignerin

**WAHLPROGRAMM DER GRÜNEN NORD
FÜR DIE WAHL ZUR BEZIRKSVERSAMMLUNG
HAMBURG-NORD AM 25.05.2014**

IMPRESSUM

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN HAMBURG-NORD

Bussestraße 1
22299 Hamburg

Tel: 040 - 51 22 26

Fax: 040 - 51 22 28

info@gruene-nord.de

www.gruene-nord.de

Geschäftsführung: Stephan Greve

Redaktion: Jessica Kratt und Kai Elmendorf

Fotos: Christoph Reiffert, © Raimond Spekking / CC-BY-SA-4.0 (via Wikimedia Commons)
(S.11 links), Martin Bill, Carmen Wilckens

Grafik & Layout: Christoph Jöns (www.corporateproducts.de)

INHALT

- 7** Mehr GRÜN für hier
- 11** GRÜNE Politik für Hamburg-Nord
- 13** Stadt für alle – Stadtentwicklung und Wohnungsbau
- 19** Verkehrspolitik – Stadtraum gerechter verteilen
- 25** Vielfalt und Lebensqualität in den Quartieren
- 31** Demokratie - ohne Bürgerinnen und Bürger geht nichts!

MEHR GRÜN FÜR HIER.

Liebe Hamburgerinnen und Hamburger,

am 25. Mai 2014 werden die Bezirksversammlungen neu gewählt. Die Bezirkspolitik trifft viele praktische Entscheidungen in Ihrem persönlichen Umfeld. Sie entscheidet darüber, wo in der Nachbarschaft gebaut wird, in welchem Zustand Radwege sind und wie es im Park nebenan aussieht. Die Bezirke sind Ihr Bürgerservice vor Ort, zuständig für Kitagutschein und Personalausweis und mehr.

Hamburg ist eine attraktive Stadt mit hoher Lebensqualität. Immer mehr Menschen zieht es hier her. Hamburg profitiert davon, muss aber auch Antworten auf steigende Mieten, Gentrifizierung und zunehmende soziale Spaltung finden, damit alle Menschen davon profitieren. Die meisten Menschen in Hamburg füh-

len sich mit ihrem Quartier und Stadtteil verbunden und leben dort gerne. Dennoch finden wir: Es gibt überall große und kleine Sachen, die – mit Augenmaß und an den Interessen des Stadtteils orientiert - verbessert werden sollten. Diese Fragen wollen wir gern mit Ihnen zusammen angehen. Deswegen engagieren wir uns vor Ort für unser Viertel, unseren Bezirk und für unsere Stadt. Die Bezirksversammlungen sind das Herz der Bezirkspolitik. Die Bezirksabgeordneten nehmen Einfluss, sie wählen die Bezirksamtsleitung und sie formulieren die politischen Interessen des Bezirks gegenüber der Landespolitik. Deswegen lohnt es sich zur Bezirksversammlungswahl zu gehen.

Was wir genau brauchen, um das Leben in den Stadtteilen zu verbessern, wissen am besten Sie selbst. Deswegen ist es uns wichtig, dass wir die Entscheidungen der bezirklichen Arbeit auf Beteili-

gung aufbauen. In Stadtteilgremien wie beispielsweise Regionalausschüssen und Stadtteilkonferenzen sowie Gesprächen vor Ort und neuen Beteiligungsformen können Sie Probleme benennen und wir finden gemeinsam die bestmögliche Lösung. Beteiligung wollen wir transparent organisieren und die unterschiedlichen Interessen klar benennen. Alle Erfahrungen zeigen, dass die gefundenen Lösungen dann besser sind und vor Ort mitgetragen werden. Beteiligung ist für uns deswegen ein Gewinn und die Grundlage unserer Arbeit und keine lästige Zusatzaufgabe.

In allen Bezirken streiten und werben wir GRÜNE für klare Prioritäten:

■ **Menschen in Hamburg brauchen Grün- und Freiflächen.** Die Stadt gehört ihren BewohnerInnen. Öffentliche Räume sind mehr als bloße Verkaufsflächen oder Verkehrsschneisen Sie sind Begegnungsstätten. Sie bieten Raum für Sport und Freizeit. Sie gilt es zu erhalten, zu erweitern und zu gestalten. Lebensqualität in der Großstadt erfordert auch unversiegelte Flächen. Grünflächen und Natur haben einen hohen Erholungswert, nützen dem Stadtklima und lassen Raum für Artenvielfalt.

■ **Aufwertung der Wahlen zu den Bezirksversammlungen:** Nach geltendem Recht wird der/die Bezirksamtsleiter/

in für sechs Jahre von den Bezirksversammlungen gewählt; allerdings unabhängig von der Legislaturperiode der Bezirksversammlungen. Wir wollen, dass die Amtszeit der Bezirksamtsleiter/innen mit der Legislaturperiode der Bezirksversammlungen synchronisiert wird. Bei den Wahlen sollen Sie die Möglichkeit haben, unmittelbar auf die Besetzung dieses Amtes Einfluss zu nehmen.

■ **Mobilität ist mehr als von A nach B zu kommen.** Wer seine Wohnung verlässt, ist mobil und bricht auf zur Arbeit, in die Schule und zu Freunden. Daher sind wir GRÜNE für guten Fuß- und Radverkehr mit barrierefreien Wegen sowie guten Bus- und Bahnverbindungen. Wir möchten das Zusammenspiel der verschiedenen Transportmittel fördern. Denn der Trend geht weg vom Auto hin zu einem Mix aus verschiedenen Transportmitteln, die insgesamt weniger Platz brauchen. Das bedeutet, dass wir – ohne wesentliche Beeinträchtigung anderer Funktionen – viele Straßen zu Flächen zum Leben und Begegnen der Menschen beruhigen oder umbauen können.

■ **Stadtentwicklung mit Augenmaß.** Wir brauchen mehr bezahlbare Wohnungen. Wir wollen mehr öffentlich geförderten Wohnungsbau und Baugemeinschaften fördern. Wichtig ist uns nicht nur die Quantität sondern auch die Qualität. Gebaut werden soll sozial



und ökologisch verträglich. Drastische Mietsteigerungen oder die massive Umwandlung bezahlbarer Mietwohnungen in teure Eigentumswohnungen wollen wir durch soziale Erhaltensverordnungen aufhalten. Die Bezirksämter sind auch für die Bebauungspläne zuständig. Wir GRÜNE wollen, dass bei den Planungen stärker als bisher auf die Bedürfnisse vor Ort und den Wohnungsbau eingegangen wird. Um den Charakter der Stadtteile zu erhalten, wollen wir den Denkmalschutz stärken und die Vielfalt von kleinen Gewerbebetrieben vor Ort fördern. Auch in Sachen Energiewende wollen wir Projekte in den Bezirken umsetzen.

■ **Gute Kitas, Schulen und Sozialeinrichtungen für die Stadtteile.** Wir

kämpfen weiter dafür, dass alle Kinder gerechte Bildungschancen bekommen. Aus dem Schul-Volksentscheid 2010 haben wir gelernt, dass wir wichtige gesellschaftliche Reformen nicht von oben herab, sondern nur gemeinsam mit den beteiligten PädagogInnen, Eltern und SchülerInnen in den Schulen vor Ort erfolgreich angehen können. Die drängenden Fragen nach Gerechtigkeit und Leistungsfähigkeit im Bildungswesen sind aber nach wie vor ungelöst. Wir setzen und deshalb für den qualitativen und quantitativen Ausbau der Kitas genauso wie für das ganztägige Lernen an Schulen ein. Die Hamburger GRÜNEN fordern eine bessere Umsetzung der Inklusion und den Ausbau präventiver Programme. Die Stadtteilschulen müssen endlich so unterstützt werden, dass sie ihre Ziele erreichen können.

Soziale Problemlagen können am besten in den Stadtteilen selber erkannt werden. Wir wollen deshalb die Kinder- und Jugendarbeit vor Ort und die sozialen Einrichtungen stärken. Kulturelle Vielfalt ist für Hamburg eine Chance. Wo es notwendig ist, wollen wir die integrative Arbeit stärken. Darüber hinaus setzen wir uns in allen Bezirksversammlungen dafür ein, dass Menschen, die nach Hamburg geflohen sind, hier auch menschenwürdig untergebracht werden.

Die Zukunft der Hamburger Bezirke, wie wir sie kennen, ist gefährdet. Wo Stel-

len frei werden, können sie oft nicht nachbesetzt werden. Wir wollen starke Bezirke, die ihren wichtigen Aufgaben nachkommen können: in der Kinder- und Jugendhilfe, bei den sozialen Diensten, in der Stadt- und Bauplanung, bei der Pflege von Grünanlagen . Der SPD-Senat hat den Bezirken in den letzten Jahren zusätzliche Aufgaben zugewiesen, allerdings ohne ausreichend Personal. Es muss wieder gelten: Wenn der Senat Aufgaben bestellt, muss er auch für die Bezahlung sorgen. Zur Zeit können die Bezirke wichtige Aufgaben nicht mehr oder nur unzureichend wahrnehmen. Kürzungen in der Erziehungshilfe und den Angeboten der offenen Kinder- und Jugendarbeit, wie sie der SPD-Senat vorgenommen hat, verschärfen soziale Problemlagen eher und sind familienunfreundlich. Insbesondere fordern wir zum Schutz unserer Kinder weiterhin mehr Personal für die Jugendämter in den Bezirken. Wir GRÜNE wollen die Bezirke wieder handlungsfähig machen. Liebe Hamburgerinnen und Hamburger, stärken Sie die GRÜNE Politik vor Ort und in Hamburg. Wir GRÜNE streiten für klare Werte: Stadtteilorientierung, Bürgerbeteiligung, klimafreundliche Mobilität, Natur- und Klimaschutz, gegen soziale Spaltung, für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie und nachhaltige Arbeitsplätze. Dafür bitten wir Sie bei den Bezirksversammlungswahlen um Ihre

Stimme. Wir bitten Sie, am 25. Mai unsere engagierten GRÜNEN Kandidatinnen und Kandidaten in die Bezirksversammlungen zu wählen. Entscheidend sind dabei die fünf Stimmen für Ihre GRÜNE Bezirksliste.

Liebe Hamburgerinnen und Hamburger, wir bitten Sie, auch BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei den parallel stattfindenden Wahlen zum Europäischen Parlament stark zu machen. Wir stehen für ein Europa der gemeinsamen Verantwortung und Solidarität. Wir GRÜNE sind die Partei, die sich in Brüssel und Straßburg für starke Kommunen einsetzt. So haben zum Beispiel unsere Europaabgeordneten die Europäische Kommission gestoppt, als sie mehr Anreize zur Privatisierung kommunaler Wasserversorger schaffen wollte. Wir streiten mit Überzeugung für die weitere europäische Einigung, den Euro und den Zusammenhalt in Europa. Dem antieuropäischen Populismus von Rechts und Links stellen wir eine klare Botschaft entgegen: Europa ist unsere gemeinsame Zukunft.

Bei den Europawahlen wie bei den Bezirksversammlungswahlen gilt:

Gehen Sie wählen und setzen Sie damit auch ein Signal gegen Rechtspopulisten und Nazis in den Parlamenten.

Stärken Sie am 25. Mai GRÜNE Politik vor Ort. Wählen Sie GRÜN!

GRÜNE POLITIK FÜR HAMBURG-NORD.



GRÜNE POLITIK FÜR HAMBURG-NORD

Mit der Wahl zur Bezirksversammlung machen Bürgerinnen und Bürger Politik für Hamburg-Nord. Entscheidungen der Bezirksversammlung und ihrer Ausschüsse gestalten Leben und Wohnen, Umwelt, Mobilität und soziale Wirklichkeit. Seit 30 Jahren setzen sich die GRÜNEN Hamburg-Nord für die Bürgerinnen und Bürger in unserem Bezirk ein.

Für uns gehören Umwelt, Wirtschaft und Gerechtigkeit zusammen: im Bezirk, in Hamburg, in Deutschland, in Europa und weltweit. Wer die hohe Lebensqualität in Hamburg-Nord sichern will, muss deshalb mit Ressourcen schonend umgehen, eine faire und reichhaltige Wirtschaft fördern und öffentliche Einrichtungen, Stadt, Natur und Infrastruktur gerecht verteilen.

Damit die Chancen für alle Menschen in Hamburg-Nord wachsen, ein gutes Leben zu führen.

GRÜNE Stadtentwicklungspolitik heißt deshalb die Schaffung bezahlbaren Wohnraums genauso wie mehr öffentliches Grün, mehr Barrierefreiheit und gute Anbindung an Bus und Bahn. GRÜNE Verkehrspolitik fordert deshalb mehr Platz für Menschen zu Fuß und auf dem Fahrrad und weniger Platz für Autos. GRÜNE Gesellschaftspolitik fördert deshalb vielfältige Lebensentwürfe und gerechte Chancen für alle. Und GRÜNE Politik insgesamt will deshalb die Arbeit der Bezirksverwaltung transparent machen, Bürgerinnen und Bürgern zuhören und sie an Entscheidungen beteiligen.

Hamburg ist eine Stadt mit großem Reichtum und gleichzeitig eine Stadt, in der Bildung, Kultur und Teilhabe immer noch ungerecht verteilt sind. Es geht um Chancen für alle.

Bessere Chancen beim Zugang zu guter Kinderbetreuung, umfassender Bildung und moderner Gesundheitsförderung für alle Kinder in Hamburg-Nord. Bessere Chancen mit bezahlbarem Wohnraum, einer reichen Stadtkultur und vielfältigen Kontaktmöglichkeiten für alle Stadtteile in Hamburg-Nord. Bessere Chancen für positive Lebensperspektiven mit Beratung und Hilfe,

Aktivierung und sozialen Netzwerken für alle Menschen in Hamburg-Nord.

Wir haben in den letzten Jahren auf diesem Weg schon viel erreicht. Einige Beispiele für erfolgreiche GRÜNE Politik in Hamburg-Nord:

- Verlegung von Radwegen auf die Fahrbahn wie z.B. am Hofweg, der Bebelallee und der Alsterkrugchaussee
- Erarbeitung eines bezirklichen Radverkehrskonzeptes auf Initiative der GRÜNEN Bezirksfraktion Hamburg-Nord
- Finanzierung der Abschlussarbeiten der Sanierung am Naturbad Kiwittsmoor aus bezirklichen Mitteln
- Förderung des Sports aufgrund GRÜNER Initiative: Erneuerung der Drainage des Rasenplatzes des SC Victoria, neuer Kunstrasenplatz für den USC Paloma
- Finanzierung des Umbaus des Marktmeisterhäuschens auf dem Dulsberg aufgrund einer GRÜNEN Initiative aus bezirklichen Mitteln zu einem Veranstaltungsraum für den Stadtteil

In der kommenden Legislaturperiode wollen wir daran anknüpfen. Mit Ihrer Unterstützung machen wir gute Politik für Menschen, Stadt, Natur und Kultur.

**WER DAS WILL,
WÄHLT GRÜN.**

GRÜNE POLITIK FÜR HAMBURG-NORD.



STADT FÜR ALLE – STADTENT- WICKLUNG UND WOHNUNGSBAU

Hamburg bietet gute Lebensqualität, berufliche und wirtschaftliche Chancen. Hamburg-Nord bietet kulturelle Vielfalt, urbanes Leben und eine attraktive Umgebung. Deshalb wachsen Stadt und Bezirk. Sie ziehen gerade junge und gut qualifizierte Menschen an, die Arbeit und Wohnraum suchen. Das sind positive Rahmenbedingungen für die Stadt. Sie setzen aber

voraus, dass Interessenkonflikte klug moderiert und im Gesamtinteresse der Menschen, der Stadt und des Bezirks gelöst werden.

Und solche Konflikte gibt es: Versuche wie in der Hegestraße, alten Wohnungsbestand zugunsten des Baus von Luxuswohnungen zu entmieten, verurteilen wir und stellen uns auf die Seite der Mieterinnen und Mieter. Aber nicht jede

Modernisierung ist gleichzusetzen mit Gentrifizierung. Im Gegenteil: Modernisierung von Wohnraum gehört zur Vermieterpflicht. Aber sie muss so gestaltet werden, dass sich die Lebensverhältnisse der Mieterinnen und Mieter verbessern und der Wohnraum bezahlbar bleibt.

Auch der soziale Wohnungsbau wurde in den letzten Jahren vernachlässigt. Allein auf dem Dulsberg läuft bis 2017 für jede vierte Sozialwohnung die Bindung aus. Die enorme Nachfrage führt insgesamt im Bezirk dazu, dass die Mieten ins Unbezahlbare steigen und auch Eigentumswohnungen für normal Verdienende kaum noch erschwinglich sind.

Hamburg braucht also mehr Wohnraum, vor allem mehr bezahlbaren, aber auch immer mehr barrierefreien. Die Planung von Neubauten wird aber immer zu Nutzungskonflikten um die vorgesehenen Flächen führen. Es wird in Zukunft darauf ankommen, die Balance zu halten zwischen zwei wichtigen Zielen: bezahlbaren Wohnraum schaffen und gleichzeitig die Lebensqualität in den Quartieren erhalten und steigern. Dabei dürfen weder die Umwelt noch die Wirtschaft außer Acht gelassen werden. Flächen für gewerbliche Nutzungen auch in Wohnnähe sind wichtig – für eine wirtschaftlich erfolgreiche Stadt ebenso wie für eine Stadt der kurzen Wege, die es leicht macht, Leben und Arbeiten zu verbinden.

Maßgeblich für die Entwicklung und Ge-

staltung unserer Stadtteile sind Bebauungspläne. Sie schreiben fest, in welcher Art und in welchem Maß Gebäude entstehen – also wie hoch und wie verdichtet zum Beispiel Wohnungen gebaut werden dürfen –, wie Flächen genutzt werden sollen, wie viele Grünflächen zur Verfügung stehen, wie die Verkehrsanbindung aussieht, ob Schulen zu Zentren im Stadtteil werden können und gemeinsames Leben und Lernen ermöglichen, kurz: Wie es sich in Zukunft in unseren Vierteln leben lässt. Hier liegt daher eine der größten Gestaltungsmöglichkeiten der Bezirksversammlung und der Bürgerinnen und Bürger vor Ort.

STADTPLANUNG UND NATURSCHUTZ GEHÖREN ZUSAMMEN!

Wir wollen Natur und Umwelt in der Großstadt Hamburg so schützen und weiterentwickeln, dass unsere Stadt für alle Bewohnerinnen und Bewohner lebenswert bleibt. Grünflächen und Bäume haben in Zeiten des Klimawandels eine ganz wichtige Funktion: Sie reinigen die Atemluft von Stäuben und Giften, halten das klimaschädliche CO₂ zurück, helfen bei Starkregen Überschwemmungen zu verhindern, halten die Luft während sommerlicher Hitze kühl, spenden Schatten und dämpfen den Verkehrslärm.

Hamburg-Nord verfügt nur noch über wenige naturnahe Flächen. Umso wichtiger sind Straßenbäume, Parks und

Grünstreifen. Sie dienen nicht nur vielen Tieren und Pflanzen als Lebensraum, sondern sorgen auch für sauberere Luft und ein besseres Kleinklima. Zudem brauchen wir unbedingt Grünbereiche für die Erholung aller Menschen und das Heranführen unserer Kinder an die Natur. Mulden und Versickerungsflächen in Neubaugebieten halten Wasser zurück und lassen es natürlich versickern, anstatt Keller volllaufen zu lassen. In trockenen Phasen können sie als Spiel- und Grünflächen genutzt werden. Die Folgen der Flächenversiegelung beim Bauen können wirksam abgemildert werden: Dach- und Fassadenbegrünung verhindert das zu schnelle Abfließen des Regenwassers in die Kanalisation und sorgt für eine Verbesserung des Kleinklimas. Beides wollen wir deshalb verstärkt befördern.

STADTENTWICKLUNG FÜR UMWELT, WIRTSCHAFT UND GERECHTIGKEIT IN HAMBURG-NORD

■ Wir setzen uns dafür ein, dass neue größere Bauvorhaben früh, das heißt vor dem gesetzlich vorgeschriebenen Zeitpunkt, öffentlich vorgestellt und diskutiert werden. Dies gilt vor allem bei vorhabenbezogenen Bebauungsplänen. Wir möchten Planungen gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern im Bezirk begleiten und umsetzen.

■ Wir wollen, dass städtische Flächen nur noch an Wohnungsbauunternehmen

veräußert werden, die nicht auf Profitmaximierung aus sind: der städtische Träger SAGA-GWG, Baugenossenschaften, Wohnprojekte oder Baugemeinschaften. Nur so erreichen wir, dass mehr bezahlbarer und barrierefreier Wohnraum in der Stadt entsteht. Die heute vom Bezirk angestrebten 30% geförderter Wohnungen reichen nicht aus, wir wollen diese Zahl erhöhen. Zudem wollen wir sozial wichtige Wohnformen wie Stifte erhalten.

■ Wir wollen auch, dass das städtische Wohnungsbauunternehmen SAGA-GWG seine Neubauaktivitäten über die jährlich zugesagten 1.000 neuen Wohnungen hinaus deutlich ausweitet.

■ Im Zusammenhang mit der Aufstellung von Bebauungsplänen wollen wir auch die im Baugesetzbuch vorgesehene Möglichkeit für ein besonderes Vorkaufsrecht (Vorkaufssatzung) prüfen und nach Möglichkeit nutzen. Das soll Spekulationen von Investorinnen und Investoren verhindern.

■ In Bebauungsplänen wollen wir auch Flächen festsetzen, auf denen ganz oder teilweise nur Wohngebäude gebaut werden dürfen, die mit Mitteln der sozialen Wohnraumförderung gefördert werden könnten oder für Menschen mit besonderem Wohnbedarf bestimmt sind.

■ Wir wollen zuerst aufgegebene und bereits bebaute Flächen umnutzen, ehe wir Freiräume bebauen. Wo dennoch



bisher unbebaute Flächen in Anspruch genommen werden, gilt für uns die Maxime des flächensparenden Bauens: Möglichst wenig Raum soll versiegelt werden.

■ Neue Quartiere müssen eine exzellente Anbindung an den öffentlichen Personennahverkehr erhalten. Ausreichend große und zusammenhängende Grün- und Erholungsflächen wie Wiesen und Parks sind dringend nötig. Wildnisinseln sollen einen Beitrag zur Stadtnatur leisten. Die soziale Infrastruktur wie Kitas, Schulen und Kulturangebote muss ebenfalls sichergestellt sein.

■ Wir wollen, dass für alle Bürgerinnen und Bürger Grünflächen in fußläufiger Entfernung vorhanden sind.

■ Arbeiten und Wohnen gehören zusammen, wo immer das unter Einhaltung von

Umweltauflagen möglich ist. Wir wollen deshalb bei Neubau- und Umnutzungsvorhaben lokales Gewerbe aktiv fördern.

■ Bei jeder Stadtentwicklung sind wir GRÜNE die Instanz dafür, dass Umwelt und Natur erhalten bleiben. Wir wollen weiter die Funktionsfähigkeit von Mooren, Wäldern, Wiesen und Parks erhalten und verbessern. Dazu gehört eine optimalere Mittelausstattung für die unter Naturschutz stehenden Gebiete Eppendorfer Moor sowie Raakmoor und Rothsteinsmoor als ökologisch bedeutendste Flächen in unserem Bezirk. Wir setzen uns auch dafür ein, dass die Pflege- und Entwicklungspläne für diese Naturschutzgebiete unter Beteiligung der Naturschutzverbände aktualisiert und umgesetzt werden.

■ Auch in den dichter bebauten Gebieten des Bezirks lebt eine Vielzahl von Tieren und Pflanzen. Hamburg-Nord soll für diese Bereiche eine Bestandsaufnahme durchführen und ein Artenschutzkonzept entwickeln.

■ Hamburg-Nord ist stark von Wasser geprägt. Gewässer wie Alster, Osterbek, Tarpenbek und Bornbach sind vielfach noch in Korsetts aus Beton und Holz gezwängt. Wir unterstützen Initiativen, die dafür sorgen, dass die Gewässer wieder freier fließen können – damit sich Eisvogel und Bachneunauge wieder wohl fühlen im Bezirk!

■ Wir wollen die ökologische Pflege von Parks und Grünanlagen verbessern, um dort die biologische Vielfalt zu fördern. Dafür sollen ökologisch orientierte Pflegepläne erstellt und beachtet werden, wo beispielsweise Rasenflächen weniger oft gemäht, Buschwerk und Staudensäume nicht radikal entfernt und Altholz erhalten wird. Deshalb wollen wir, dass ein fester Anteil des Grün- etats explizit für ökologische Grünpflege vorgesehen wird.

■ Auch in Parks und Grünanlagen sollen mehr Naturerlebnisräume und naturnahe Spielplätze geschaffen werden, die der spielerischen Annäherung an die Natur dienen.

■ Der Biotopverbund zwischen Parks, Grünanlagen und Naturschutzgebieten muss gestärkt und erweitert werden.

Ein Netz aus Grünzügen ermöglicht die Wanderung von Tieren und den natürlichen Weitertransport von Pflanzensamen.

■ Wir wollen, dass auf öffentlichem Grund mehr Obstbäume, Beerensträucher und Hecken gepflanzt werden – sie bieten Nahrung für Mensch und Tier und sind wichtig für die biologische Vielfalt.

■ Eigene Gärten sind in einer Stadt wie Hamburg eher die Ausnahme als die Regel. Deshalb sollen einzelne freie und frei werdende Flächen in Wohnnähe auch für öffentliche Gemeinschaftsgärten (Urban Gardening) zur Verfügung stehen.

■ Urbane Gärten begrünen Stadtviertel, verbessern die Luftqualität, tragen zu Kultur, Bildung und Verständigung bei und bieten Raum für Engagement und Beteiligung. Ein Beispiel hierfür ist der interkulturelle Permakulturgarten in Langenhorn (InPeLa), der die interkulturelle Gemeinschaft im Quartier Essener Straße fördert und nebenbei Kindern und Jugendlichen erklärt, woher unsere Nahrung kommt.

■ Bei allen Neubauvorhaben wollen wir konsequent vorhandene wertvolle Bäume schützen, Neuanpflanzungen an Wohngebäuden und Straßen vornehmen und insgesamt mehr Platz für öffentlich zugängliche Park- und Grünflächen vorsehen.

■ Hamburgs Straßenbäume sind vielen Belastungen ausgesetzt. Deshalb

setzen wir uns dafür ein, ihren Wurzelraum vor Beparkung zu schützen und bei Neupflanzung optimale Bedingungen herzustellen.

■ Wohnungsbau bietet große Chancen, das Leben in unserer Stadt klimaschonender zu gestalten. Wir möchten innovative Formen GRÜNEN, also energiesparenden und umweltschonenden Bauens fördern: von der Dachbegrünung und „hängenden Gärten“ über Passivhäuser bis zur Nutzung von Solarenergie bis zum Algenhaus, wie es auf der IBA zu betrachten war.

■ Wohnraum entsteht nicht nur durch Neubau. Wir wollen den bezirklichen Wohnraumschutz verstärken um sicherzustellen, dass Vermieter ihrer Pflicht zur regelmäßigen Instandsetzung des vermieteten Wohnraumes auch nachkommen. Leerstand – auch von Gewerbeimmobilien – muss mindestens zu Zwischennutzung oder Umnutzung führen.

■ Schon heute leben 30 Prozent der Haushalte in Hamburg ohne eigenes Auto. Wissenschaftliche Prognosen besagen, dass sich diese Zahl in absehbarer Zeit auf 50 Prozent erhöhen wird. Für diese Haushalte muss Hamburg beim Neubau wie auch im Bestand besser planen. Wir begrüßen daher die Pläne des Senats, die Stellplatzpflicht abzuschaffen und plädieren für einfache und klare Regelungen: Neue Woh-

nungen ohne eigene Stellplätze sollen zur Regel werden, weil sie das Wohnen bezahlbarer und umweltfreundlicher machen. Parallel wollen wir aber Parkraum besser bewirtschaften, Car-Sharing und ÖPNV fördern sowie Fuß- und Radverkehrsmöglichkeiten verbessern.

■ Der öffentliche Raum kann und muss weit mehr sein als ein privater Parkplatz! Darum wollen wir ihn wieder stärker den Menschen statt den Autos zur Verfügung stellen. In einem Versuchsprojekt wollen wir an ein oder zwei Orten im Bezirk für sechs Wochen während der Sommerferien einzelne Teilstücke beliebter Straßen für den Verkehr sperren und den Menschen als Erholungs- und Erlebnisraum zur Verfügung stellen. So könnte beispielsweise aus einer lärmbelasteten Hauptstraße durch temporäre Sperrung und Umbau in eine Strandpromenade der Flair von Sommer, Entspannung und Erholung in die Stadt einziehen und der zeitweilige Ausschluss des Autoverkehrs den Menschen direkt zu Gute kommen. Mit so einem „Strand von Eppendorf“ (oder Winterhude oder Barmbek) kann Hamburg-Nord zeigen – wie heute schon Paris (Paris-Plages) – wie Menschen öffentlichen Raum auch nutzen können. Als Bewegungsraum für Kinder, zum sommerlichen Flanieren, als Ort der Entspannung und der Kommunikation.

GRÜNE POLITIK FÜR HAMBURG-NORD.



VERKEHRSPOLITIK – STADTRAUM GERECHTER VERTEILEN

Die GRÜNEN in Hamburg-Nord stehen für die Gleichberechtigung aller am Verkehr teilnehmenden Menschen. Daher wollen wir eine gerechte Verteilung des öffentlichen Raumes, die dem Fahrrad und dem Zu-Fuß-Gehen mehr Platz gibt und den öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) mit Bus, Bahn und künftig hoffentlich auch der Stadtbahn, stärkt.

Wir wollen eine Radverkehrsoffensive für Hamburg-Nord. Immer mehr Verkehrsteilnehmerinnen und -teilnehmer steigen aufs Rad um. Der Anteil der Radfahrenden in Hamburg liegt nach der Untersuchung „Modal Split in Deutschland“ bei 12 Prozent, mit steigender Tendenz. Ein Anteil von 12 Prozent entspricht entlang der Verkehrsachse vom nördlichen Stadtrand bis Fuhsbüttel (z.B. Langenhorner Chaussee)



einer Menge von rund 5000 Radfahrerinnen und Radfahrern pro Tag.

■ Auf Antrag der GRÜNEN wurde in der letzten Legislaturperiode ein bezirkliches Radverkehrskonzept entwickelt. Das muss jetzt schnell umgesetzt werden. Fahrrad fahren ist schnell, leise, umweltfreundlich und gesund – vom Weg zur Grundschule bis ins hohe Alter. Hamburg-Nord braucht ein leistungsfähiges Netz von modernen, sicheren, gut sichtbaren und erreichbaren Wegen für Fahrräder. Darum wollen wir die folgenden Schritte zügig umsetzen. Wir fordern die Einrichtung eines Rad-schnellwegs durch Hamburg-Nord: eine ausgebauten Strecke, die durchgehend mit hoher Geschwindigkeit befahrbar und gradlinig geführt ist. Vorbilder dafür sind Amsterdam und Kopenhagen.

■ Das bestehende Veloroutenkonzept soll im Bezirk zügig umgesetzt werden. In Ohlsdorf, Barmbek-Nord, Fuhlsbüttel und Langenhorn sind die Velorouten bislang noch nicht angekommen. Das muss schneller gehen! Dabei wollen wir dort, wo es angebracht ist, auch Streckenführungen überprüfen. Für eine Anbindung an Schleswig-Holstein sollte Sorge getragen werden.

■ Wir fordern die Einrichtung von Fahrradstraßen im bestehenden Straßennetz, die vornehmlich dem Radverkehr dienen, in denen aber Anwohnerinnen und Anwohner natürlich weiterhin mit ihrem Auto fahren dürfen. Eine geeignete Straße dafür wäre z.B. der Leinpfad.

■ Neue Radwege wollen wir nur noch als – auch für Autofahrerinnen und -fahrer klar sichtbare – Radfahrstreifen auf der Fahrbahn bauen bzw. abtrennen. Die alten Radwege auf den Bürgersteigen sind längst nicht mehr zeitgemäß und außerdem deutlich unsicherer, weil Radfahrerinnen und Radfahrer dort nicht im Sichtfeld der Autos sind. Auch Konflikte mit zu Fuß Gehenden werden so verhindert. Heute schon klappt das auf dem Hofweg und Teilen der Alsterkrugchaussee, ebenfalls möglich und dringend erforderlich wäre es z.B. auf der Langenhorner Chaussee.

■ Der Winterdienst auf Radwegen soll verbessert und ausgebaut werden. Auch das wird ebenso wie die Instandhaltung leichter, wenn sie auf der Straße markiert sind.

■ Hamburg-Nord braucht mehr sichere Parkmöglichkeiten für Fahrräder. Wir setzen uns ein für Fahrradparkhäuser an Schnellbahnknoten, z.B. am Bahnhof Ohlsdorf. Fahrradboxen an den U-Bahnstationen sollen ebenso ausgebaut werden wie die in der GRÜNEN Regierungszeit deutlich vermehrten Fahrradbügel und neue Fahrradhäuschen in Wohngebieten.

■ Wir setzen uns für die Ausweitung des Fahrradleihsystems StadtRAD und anderer Systeme in Richtung Norden

ein. Das Leihsystem soll auch die Anbindung von Stadtteilen ohne Schnellbahnanschluss wie Groß Borstel verbessern.

Auch die Bedingungen für Menschen, die zu Fuß gehen, müssen in Hamburg deutlich besser werden. Gehwege sind häufig zu schmal und schlecht gepflegt, „Bettelampeln“ und Barrieren behindern das Zu-Fuß-Gehen. Wir GRÜNEN setzen uns dafür ein, dass die Benutzung der eigenen Füße Spaß macht:

■ Zurückgebaute Radwege auf Bürgersteigen sollen dem Fußweg und nicht dem Parkraum zugeschlagen werden. Falschparken auf allen Fuß- und Radwegen muss die Stadt entschlossen bekämpfen.



■ Die Barrierefreiheit der Fußwege und der U- und S-Bahnstationen muss ausgebaut werden. Fußwege sind mit einem ertastbaren Blindenleitsystem auszustatten. Bordsteinkanten müssen noch an vielen Stellen abgesenkt, Lücken und Stolperfallen zwischen den Gehwegplatten beseitigt werden.

■ Autos haben ihre eigenen Lampen dabei, Fußgängerinnen und Fußgänger nicht. Wir wollen uns deshalb dafür einsetzen, dass bei allen Straßenumbauten wieder statt der Fahrbahnen die Fußwege beleuchtet werden.

Fußwege werden oft zu Stolperfallen: Hochgedrückte Gehwegplatten und herausgewaschene Sandflächen an Baumwurzeln behindern das Fortkommen. Wir fordern, dass der Bezirk die notwendigen Mittel erhält, um hier zeitnah einzugreifen. Es reicht nicht, erst einzugreifen, wenn eine Gehwegplatte 3 cm hoch steht.

Wir wollen den öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) stärken. Auch wenn die Entscheidungskompetenz dafür nicht im Bezirk liegt, werden wir bei den zuständigen Stellen der Stadt immer wieder bessere Bedingungen für Bus und Bahn einfordern.

■ Das Bussystem muss in den Randzeiten, vor allem abends, verdichtet werden. Auch neue Busverbindungen müssen geprüft werden.



Wir setzen uns weiter dafür ein, die Anbindung Groß Borstels durch Taktverstärkungen der Linie 114 zu verbessern. Der Metrobus 6 soll durch den Stadtpark bis zur U-Bahn Alsterdorf verlängert werden. Die geplante Verlängerung der Buslinie 15 durch Winterhude zum Bahnhof Barmbek lehnen wir nicht ab, wollen aber die Streckenführung überprüfen.

■ Nach wie vor ist auch der Ring 2 eine wichtige Verkehrsachse, aber in weiten Teilen von Hamburg-Nord von keinem Bus erschlossen. Dies wäre eine interessante Querverbindung, die das U-Bahnnetz ergänzen kann.

■ Den Schnellbuszuschlag wollen wir abschaffen und die bisherigen Schnellbusse in das normale Bussystem integrieren.



■ Die GRÜNEN in Hamburg-Nord stehen weiterhin zu dem Bau einer Stadtbahn in Hamburg, die deutlich leistungsfähiger als ein Bus ist und deutlich kostengünstiger als eine U-Bahn gebaut werden kann. Eine Stadtbahn kann sowohl bislang schlecht erschlossene Stadtteile anbinden als auch Buslinien, die trotz Busbeschleunigung an ihre Kapazitätsgrenzen stoßen, effektiv entlasten. Weil wir die Bürgerinnen und Bürger Hamburgs davon überzeugen und an der Entscheidung beteiligen wollen, unterstützen wir die Idee eines Referendums bzw. Volksentscheids über die Einführung einer Stadtbahn in Hamburg und können uns eine Strecke durch Hamburg-Nord (z.B. Anbindung Steilshoop) oder am Rand des Bezirks (Ersatz der europaweit meistgenutzten Buslinie 5 durch eine Stadtbahn) gut vorstellen.

■ Wir verfolgen eine vernetzte Verkehrspolitik. Kein Verkehrsmittel wird allen Anforderungen und Bedürfnissen gerecht. Darum ist es wichtig, kurzfristig und flexibel zwischen den Angeboten wechseln zu können.

■ Wir setzen uns dafür ein, U- und S-Bahnstationen durch die die Kombination von Schnellbahn, Leihfahrrad und Car-Sharing zu kleinen Mobilitätszentren auszubauen. Auch im Innern der Quartiere müssen Stellplätze für Car-Sharing-Autos auf kurzen Wegen

erreichbar sein. Diese Stellplätze müssen diskriminierungsfrei allen Anbieterinnen und Anbietern von Car-Sharing zur Verfügung stehen.

■ Wer sein Fahrzeug abstellt, nutzt oft kostenlos den öffentlichen Raum und blockiert ihn so für andere Nutzerinnen und Nutzer. Wir setzen uns darum für eine gerechte Parkraumbewirtschaftung ein. Dazu gehört für die GRÜNEN die Einführung des Anwohnerparkens in voll geparkten Stadtteilen. Damit werden die geschont, die auf das Auto angewiesen sind, der öffentliche Personennahverkehr jedoch im Preis- und Komfortvergleich gestärkt.

■ Wir wollen Tempo 30 als Regelgeschwindigkeit auf allen Nebenstraßen und vor allen Schulen erreichen und als Zwischenschritt die Zahl der Tempo-30-Zonen deutlich ausweiten. Nachts soll aus Lärmschutzgründen auf möglichst vielen auch größeren Straßen generell Tempo 30 gelten.

■ Damit wollen wir Anliegerinnen und Anlieger vor gesundheitsschädlichen Auswirkungen des Verkehrs wie Lärm und Luftverschmutzung entlasten und besser schützen. Hier versäumt es Hamburg, effektive und von der EU längst geforderte Maßnahmen konsequent und zügig umzusetzen. Wir wollen dem Senat dabei weiter Beine machen.

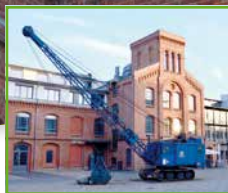
■ Hamburg-Nord liegt an Alster, Isebekkanal und Osterbek. Auch wenn

elektrische „Wasserbusse“ vielleicht kurzfristig noch keine Perspektive haben: Wir wollen prüfen, wie wir im Bezirk unsere Gewässer, z.B. mit öffentlichen Anlegeplätzen für Kanus, stärker für den Alltagsverkehr jenseits von Stress und Hektik nutzen können. Wenn es eine ökonomische und von der Nachfrage her nachvollziehbare Perspektive für die Wiederaufnahme eines Linienverkehrs auf der Alster gibt, werden wir das unterstützen. Für Hamburg-Nord könnte insbesondere eine Direktverbindung mit dem Alsterschiff vom Mühlenkamp zum Jungfernstieg interessant sein, die die Buslinie 6 entlasten könnte.

Die Stadt Hamburg hat sich schon vor langer Zeit für einen Stadtflughafen entschieden. Dafür gibt es gute Gründe: kurze Wege und eine geringere Zersiedelung als bei einem Flughafen auf dem Land. Gleichwohl müssen für die Stadtbevölkerung Vorkehrungen getroffen werden, denn Lärm ist belastend und gesundheitsschädlich.

■ Bei einer fortgesetzten Beschwerdelage, wie im Sommer 2013 aufgrund von Reparaturarbeiten an den Landebahnen, werden wir uns dafür einsetzen, dass die Fluglärmschutzzone auch in südlicher Richtung (also Richtung Alsterdorf und Barmbek) ausgeweitet wird.

GRÜNE POLITIK FÜR HAMBURG-NORD.



VIelfALT UND LEBENSQUALITÄT IN DEN QUARTIEREN

Viele Grundüberzeugungen GRÜNER Politik entstammen aus den Emanzipationsbewegungen des 20. und 21. Jahrhunderts, also aus der Bürgerrechts-, der Behinderten-, der Frauen-, der Schwulen- und Lesben- sowie aus der Seniorenbewegung. Wir GRÜNEN setzen uns ein für eine offene, von gegenseitigem Respekt geprägte pluralistische Gesellschaft. Ihre Ausgestaltung muss

immer wieder neu verhandelt werden. Noch immer finden Diskriminierungen aufgrund von Geschlecht, ethnischer, kultureller oder sozialer Herkunft, von sexueller Orientierung, Alter, Behinderung oder Religion statt, für die es auch in Hamburg-Nord keinen Platz geben darf. Wir sind aber auch der Meinung, dass individuelle Freiheit die Grundvoraussetzung für ein solidarisches und gerechtes

Miteinander ist. Gleichheit und Freiheit bedingen sich gegenseitig für ein menschenwürdiges Leben aller.

GEMEINSAM STARK IM QUARTIER

Die soziale Spaltung unserer Stadt ist auch im Bezirk Hamburg-Nord erlebbar. Die Hamburger Tafel erfährt auch in unseren Stadtteilen ebenso zunehmenden Zulauf wie die kirchlichen Ausgabestellen für Essen an Bedürftige.

Die Vertiefung der sozialen Spaltung der Stadt zu verhindern ist eine Herkulesaufgabe. Dazu brauchen wir gute Bildungseinrichtungen, eine gerechte Steuerpolitik und die Bereitschaft, sozial Schwächere auch materiell zu unterstützen. Bezirkliche Aufgabe ist es, jeder Bewohnerin und jedem Bewohner gute Rahmenbedingungen für ein selbstbestimmtes Leben zur Verfügung zu stellen. Das in vielen Stadtteilen vorhandene soziale Angebot bei Erziehungs- und Gesundheitsfragen, Treff- und Spielmöglichkeiten wollen wir daher erhalten und ausbauen und, wo immer möglich, sinnvoll und finanzierbar in Community Center münden lassen. Wir wollen die vielfältigen und unterschiedlichen Talente der Bewohnerinnen und Bewohner in Hamburg-Nord nutzen und fördern. Die unterschiedliche Lebenserfahrungen und -entwürfe sind der Humus, aus dem kreative Ideen zur Lösung immer komplexerer Problemlagen entstehen.

■ Kaum jemand kennt das eigene

Quartier besser als die Bewohnerinnen und Bewohner selbst. Diese Kenntnisse müssen in regionale Entscheidungsprozesse einfließen. Wir wollen das in den letzten Jahren aufgebaute Quartiersmanagement ausweiten und gemeinsam mit Bewohnerinnen und Bewohnern, lokalen Gewerbetreibenden, Initiativen und Trägern Zukunftskonzepte für die Stadtteile entwickeln.

■ Die vom SPD-Senat zu verantwortenden Kürzungen bei den Jugendhilfeeinrichtungen lehnen wir ab. Wir setzen uns für eine Rücknahme dieser Kürzungen ein und wollen auch dafür streiten, dass den Einrichtungen ein jährlicher Ausgleich für Tarif- und Kostensteigerungen gewährt wird. Dafür muss der Senat die Rahmenezuweisung erhöhen. Angebote der Jugendsozialarbeit wie Hude e.V. oder Jugendberatungszentrum (JBZ) dürfen nicht gekürzt werden. Sie sind für obdachlose und hilfeschuchende Jugendliche oft die letzte Anlaufstelle und leisten eine erfolgreiche und unverzichtbare Arbeit. Wir wollen zielgruppengerechte Angebote für alle Jugendlichen bereitstellen.

■ Trotz gesellschaftlicher Fortschritte und verbesserter Rechtslage begegnet homosexuellen Jugendlichen im Alltag vielfach ein feindseliges Klima. Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass der Senat die notwendigen Mittel zur Verfügung stellt, um das im vergangenen Jahr eröffnete Zentrum für schwule, lesbische,

bisexuelle und Transgender-Jugendliche zu einem Kompetenzzentrum mit Dauerbetrieb auszubauen. Wir freuen uns, dass das Magnus-Hirschfeld-Centrum nun schon seit über dreißig Jahren seine erfolgreiche Arbeit in unserem Bezirk ausführt. Wir unterstützen das MHC auch in seiner intensiven Arbeit mit mehrfach diskriminierten Gruppen wie Homosexuellen mit Migrationshintergrund oder Behinderung.

■ Frauen haben in den letzten Jahren viele Hindernisse auf dem Weg zu einer gleichberechtigten Gesellschaft überwinden können, aber noch nicht alle. Wir treten daher dafür ein, dass im Rahmen der Aufgaben des Bezirks Beiträge zur vollen und gerechten Teilhabe von Frauen an Gesellschaft, Arbeit und Wirtschaft geleistet werden, dass Frauen und Männer bei Ausgaben, Leistungen und Aktivitäten der Bezirksverwaltung gleichermaßen bedacht werden und dass die in unserem Bezirk verankerten Beratungsstellen für Frauen und Mädchen weiter unterstützt werden.

■ Die Arbeit des bezirklichen Seniorenbeirats wird von uns geschätzt als wichtiger Impulsgeber für seniorengerechte Politik im Bezirk. Wir wollen nicht nur seniorengerechtes Wohnen unterstützen, sondern auch generationsübergreifendes Wohnen befördern. Unser Bezirk muss Seniorinnen und Senioren mit Freizeit-, Informations- und Beratungsangeboten sowie barrierefreiem Wohnen

fördern und so auf die Bedürfnisse einer älter werdenden Gesellschaft ausrichten.

■ Wir wollen die Wohnungssicherung und die öffentliche Wohnunterbringung für Notfälle verbessern. Die Unterbringung von Flüchtlingen ist immer wieder Thema kontroverser Debatten in den Quartieren. Wir sind der Überzeugung, dass es in einer vergleichsweise reichen Gesellschaft möglich sein muss, Hilfesuchende menschenwürdig unterzubringen.

■ Daher unterstützen wir eine menschenwürdige Unterbringung der in unserem Land Schutz suchenden Flüchtlinge. Massenunterkünfte sind dabei allerdings weder im Interesse der untergebrachten Flüchtlinge, noch der umgebenden Stadtteile. Einrichtungen zur öffentlichen Unterbringung müssen darum bedarfsgerecht, dezentral und gerecht verteilt in die Stadtteile integriert werden.

■ Wir fordern die Abschaffung der Residenzpflicht, die die Bewegungsfreiheit von Flüchtlingen erheblich einschränkt und wollen die Vermittlung in regulären Wohnraum befördern.

■ Rund 10 bis 15 Prozent der Bevölkerung sind dauerhaft oder vorübergehend gehandicapt. Wir wollen mit dem barrierefreien Umbau unseres Bezirks fortfahren und für diesen Zweck erneut einen namhaften Beitrag aus den bezirklichen Mitteln zur Verfügung stellen. Wir setzen uns dafür ein,

dass Barrierefreiheit bei allen öffentlichen Planungen berücksichtigt wird. Wir wollen einen barrierefreien Zugang zu allen Verkehrssystemen sicherstellen und wo es notwendig ist, einen entsprechenden Umbau einfordern.

■ Wir setzen uns dafür ein, dass im Bezirk Nord ein Inklusionsbeirat eingesetzt wird, wie schon im Bezirk Wandsbek. Dieser hat die Aufgabe, aktiv zu einer Kommunalpolitik beizutragen, die Menschen mit Behinderung aktiv gleiche Rechte und Entwicklungsmöglichkeiten einräumt.

■ Der Prozess, der über die „Runden Tische Integration“ angestoßen wurde, muss so weitergeführt werden, dass die Belange von Migrantinnen und Migranten auch ihren Niederschlag in bezirklicher Politik finden. Wir setzen uns dafür ein, dass ähnlich dem Beirat im Ausschuss für Bildung, Kultur und Sport dem Ausschuss für Soziales und Integration ein entsprechender Beirat mit Rede- und Antragsrecht beigeordnet wird.

■ Wir wollen dafür sorgen, dass die Stelle der Integrationsfachkraft beim Bezirksamt Hamburg-Nord dauerhaft abgesichert wird. Wir wollen eine Beratungsstelle schaffen, die insbesondere ehrenamtlichen Unterstützerinnen und Unterstützern auch aus den Selbsthilfeorganisationen für Migrantinnen und Migranten z.B. bei Fragen der Projektfinanzierung mit Rat und Tat zur Seite steht und hilfreich durch den

Förderdschungel der verschiedenen Behörden lenkt.

■ Mit der Inklusion wird auch an den Schulen im Bezirk Nord die UN-Behindertenrechtskonvention umgesetzt. Alle Menschen erhalten die Möglichkeit, sich vollständig und gleichberechtigt an allen gesellschaftlichen Prozessen zu beteiligen – und zwar von Anfang an und unabhängig von den individuellen Fähigkeiten. Hierfür müssen die Schulen mit ausreichend Personal ausgestattet werden. Insbesondere in Schulen, die von vielen Kindern mit erhöhtem Förderbedarf besucht werden, muss gewährleistet sein, dass ausreichend qualifiziertes pädagogisches Personal zur Betreuung vorhanden ist.

■ Wir setzen uns außerdem dafür ein, dass Schulhöfe auch nach den Schulzeiten für das Quartier geöffnet werden, um so neue Orte der Begegnung zu schaffen. Schulgebäude sollten zukünftig generell stärker Zentren der Begegnung, der Kultur und des gemeinsamen Lernens aller Generationen werden.

KULTUR UND SPORT FÜR HAMBURG-NORD!

Der Bezirk Hamburg-Nord hat eine vielfältige Kulturlandschaft, die wir erhalten, stärken und ausbauen wollen. Sportliche Betätigung dient nicht nur der Fitness und Gesundheit. Insbesondere für Kinder und Jugendliche hat die Mitgliedschaft in den Sportvereinen un-

seres Bezirks auch eine wichtige soziale Funktion. Deshalb stehen wir für Kultur und Sport in Nord:

■ Mit Kampnagel und K3-Tanzplan Hamburg haben wir eine international geachtete Spielstätte der freien Tanz- und Theaterszene. Das Sommerfestival auf Kampnagel findet bundesweit Aufmerksamkeit. Auf unsere Initiative wird nun in einem Beteiligungsprozess der Platz rund um Kampnagel neu gestaltet.

■ Wir unterstützen tatkräftig die Idee, in der ehemaligen Theaterfabrik am Wiesendamm mit dem Projekt WIESE ein Bildungs- und Produktionszentrum entstehen zu lassen. Mit der Realisierung der WIESE könnte der Bezirk zu dem Standort der freien Tanz- und Theaterszene in Norddeutschland werden.

■ Das Museum der Arbeit mit seiner Fokussierung auf die Industrie- und Sozialgeschichte ist ein fester, identitätsstiftender Bestandteil nicht nur für den Stadtteil Barmbek. Seine Weiterentwicklung ist uns ein Herzensanliegen. Wir setzen uns ein für eine auskömmliche Finanzierung des Hauses.

■ Wir haben uns immer für den Erhalt des Planetariums im Stadtpark ausgesprochen. Für 2014 war der Ausbau des Sockelgeschosses versprochen. Wir erwarten, dass der Senat die wegen Fehlplanungen aufgetretenen Kostensteigerungen finanziert.

■ Vielfältig sind die Angebote in den Stadtteilkulturzentren: von Comedy-

Pokal bis Weltmusik über Kinderzeiten bis hin zu Tanzkursen. Die Stadtteilkulturzentren fördern die kreative Entfaltung in den Quartieren und sind damit das Herzstück bezirklicher Kulturpolitik. In den Geschichtswerkstätten findet eine lebendige Auseinandersetzung mit der Geschichte der Quartiere statt, ihre Veranstaltungen, Rundgänge und Publikationen erfreuen sich großer Beliebtheit. Diese sechs soziokulturellen Zentren und die Geschichtswerkstätten müssen in ihrem Bestand gesichert werden. Dazu gehört die Ausfinanzierung auch von Kosten- und Tarifsteigerungen ebenso wie die des Betriebs von Erweiterungsbauten wie in der Zinnschmelze und im Bürgerhaus Barmbek. Wir setzen uns dafür ein, dass aus bezirklichen Mitteln ein Förderfonds für interkulturelle Projekte installiert wird.

■ Nachdem das geplante Musikerzentrum an den Verwertungsinteressen der Finanzbehörde gescheitert ist, fehlen nicht nur in Hamburg-Nord weiterhin finanzierbare Übungsräume für Musikerinnen und Musiker. Wir fordern ein stadtweites Konzept zur Behebung des Mangels an Übungsräumen und wollen sicherstellen, dass auch in unserem Bezirk attraktive Übungsräume entstehen.

■ Der Kulturpreis der Bezirksversammlung Hamburg-Nord ist ein geeignetes Instrument, um die interessierte Öffentlichkeit auf die Vielfältigkeit des Kulturangebotes im Bezirk

aufmerksam zu machen. Die Vergabe des Kulturpreises wollen wir auch in den kommenden Jahren fortsetzen.

■ Die auf GRÜNE Initiative entstandene „Woche des Gedenkens“ des Bezirks Nord ist beispielgebend für ganz Hamburg. Wir schätzen den fachlichen Rat des Beirats im Ausschuss für Bildung, Sport und Kultur und wollen dieses Instrument der fachlichen Beteiligung fortsetzen.

■ Wir unterstützen Projekte wie „Kids in die Clubs“ und setzen uns dafür ein, dass bezirkswweit eine „Lange Nacht des Sports“ durchgeführt wird, in der das vielfältige Angebot der lebendigen Sportvereinszene des Bezirks allen Einwohnerinnen und Einwohnern präsentiert wird.

■ Wir wollen auch in den kommenden Jahren bei bezirklichen Sondermitteln die Förderung der Sportvereine stärken. Wir wollen, dass ausreichend Hallennutzungszeiten für die verschiedenen Angebote vorhanden sind und diese in einem transparenten Verfahren vergeben werden. Bei Sanierungen von Sporthallen sind die Sportvereine frühzeitig zu informieren und der Bezirk ist gefordert, geeignete Ausweichmöglichkeiten zu finden. Bei Umbaumaßnahmen ist der barrierefreie Zugang zu den Sporthallen sicherzustellen.

■ Die Ausweitung der Schulen zu Ganztagschulen hat für die Arbeit der Sportvereine und Kultureinrichtungen

erhebliche Auswirkungen. Die Rekrutierung des Nachwuchses wird immer schwieriger. Es müssen vermehrt Kooperationen zwischen Schulen und Sportvereinen und Kultureinrichtungen gefördert werden, auch um den Alltag der Kinder nicht zu „verschult“ werden zu lassen. Für den personellen Aufwand muss den Sportvereinen und Kultureinrichtungen eine angemessene Entschädigung durch die Schulbehörde gewährt werden.

■ Wir freuen uns, dass es mit bezirklichen Mitteln gelungen ist, das Naturbad Kiwitte moor zu modernisieren und damit auch den Betrieb des wohl schönsten Freibads der Stadt abzusichern.

Im vergangenen Jahr hatten wir eine stadtweite Debatte um die Ehrung Hindenburgs, den ehemaligen Reichspräsidenten und Steigbügelhalter Hitlers, angestoßen. Er ist noch immer Ehrenbürger der Stadt und die Hindenburgstraße ist nach ihm benannt. Auf unseren Druck hin hat die SPD dafür gesorgt, dass der Teil der Hindenburgstraße, die durch den Stadtpark führt, nach Otto Wels benannt wird. Wir sind der Meinung: Das reicht nicht und ist Ausdruck mangelnder Zivilcourage! Wir werden uns weiter dafür einsetzen, die Hindenburgstraße in ihrer Gänze umzubenennen. Alle Ehrungen durch Straßennamen oder sonstige Auszeichnungen der Stadt müssen heutigen Wertvorstellungen von Demokratie und Pluralismus standhalten!

GRÜNE POLITIK FÜR HAMBURG-NORD.

"Wo sind die
Grünflächen
abgegeben?"

Kleingärten
sind unverzichtbar
Flächen.

Planungsprozess sollte
berücksichtigt
werden.



DEMOKRATIE - OHNE BÜRGERINNEN UND BÜRGER GEHT NICHTS!

Die GRÜNEN sind aus unterschiedlichen Bewegungen und zahlreichen Bürgerinitiativen entstanden. Aus dieser Erfahrung heraus machen wir uns für neue Formen der Beteiligung und die direkte Demokratie stark. Unsere Demokratie lebt davon, dass Bürgerinnen und Bürger nicht nur alle paar Jahre ihre Stimme an der Wahlurne abgeben, sondern sich immer wieder einmischen.

Diese Möglichkeit wird - in Hamburgs Bezirken durch Bürgerbegehren und Bürgerentscheide - inzwischen regen genutzt. Das ist nicht immer einfach: Es gibt Interessengegensätze zwischen denen, die schon da sind und denen, die erst noch kommen wollen. Zwischen denen, die Veränderung wollen und denen, die wollen, dass alles so bleibt. Und zwischen denen, die das gute Leben in



ihrem Kiez im Blick haben und denen, die die gesamte Stadt interessiert. Niemand hat dabei die Wahrheit gepachtet – aber alle haben das Recht darauf, dass ihre Stimme gehört wird, dass es klare und durchschaubare Verfahren gibt und dass Entscheidungen von Bürgerinnen und Bürgern genauso respektiert werden wie Entscheidungen gewählter Politikerinnen und Politiker.

Das heißt für uns GRÜNE:

■ Ein erfolgreicher Bürgerentscheid hat die gleiche rechtliche Wirkung wie

ein Bezirksversammlungsbeschluss. Weil Bezirksversammlungen nicht die gleichen Rechte wie Stadträte oder Gemeindeparlamente in anderen Bundesländern haben, kann der Hamburger Senat Bezirksentscheidungen an sich ziehen und durchregieren (sogenannte Evokation). Wenn schon Tausende Unterschriften für ein Bürgerbegehren gesammelt sind oder sogar ein Bürgerentscheid durchgeführt wurde, erzeugt das Frust und Politikverdrossenheit. Deshalb wollen wir, dass der Hamburger Senat – egal, welche Parteien ihn jeweils stellen –

ehrlich, verlässlich und frühzeitig vor einem Bürgerentscheid deutlich macht, ob er bestimmte Entscheidungen des Bezirks und seiner Bürgerinnen und Bürger – egal, wie sie dann ausfallen – respektieren oder sie gleich selbst treffen will.

■ Bisher können Bürgerentscheide nur per Bürgerbegehren, also durch Unterschriftensammlungen – herbeigeführt werden. Das führt dazu, dass sie oft zu Vorhaben durchgeführt werden, deren Planung schon weit gediehen ist und auf größeren Widerstand stößt. Damit hinterlassen solche Entscheide oft das ungute Gefühl, dass teure Planungen umsonst stattgefunden, Interessen von betroffenen Bürgerinnen und Bürgern nicht vernünftig berücksichtigt wurden oder sich am Ende angeblich nur egoistische Interessen von Verhinderern durchsetzen. All das ist frustrierend für die Beteiligten und führt nicht zu Verbesserungen.

■ Deshalb wollen wir Bürgerinnen und Bürger frühzeitiger beteiligen, nicht erst dann, wenn ein Gesetz dazu verpflichtet. Politik und Verwaltung müssen Konflikte frühzeitig erkennen, Interessierte anhören und Interessen ausgleichen. Dazu haben sich öffentliche Veranstaltungen der Bezirksversammlung, auf der die von Planungen betroffenen Menschen möglichst früh informiert und angehört werden, bewährt. Um frühzeitig ein

Votum der Bürgerinnen und Bürgern zu großen Projekten einzuholen, treten wir außerdem für die Einführung eines Bezirksreferendums ein, durch das Bürgerentscheide durch einen Bezirksversammlungsbeschluss ausgelöst werden können. Dafür sehen wir eine Zwei-Drittel-Mehrheit in der Bezirksversammlung als notwendig an, damit ein möglichst breiter Konsens über die Formulierung des Konflikts und der Alternativen hergestellt wird.

■ Für eine aktive Beteiligungskultur von Bürgerinnen und Bürgern ist auch die Einbeziehung von Menschen mit Migrationshintergrund von großer Bedeutung. Wir setzen uns dafür ein, dass sie und ihre Vertretungen aktiv angesprochen und eingebunden werden.

■ Um Jugendlichen in den Bezirken eine Stimme zu geben, setzen wir uns für die Einrichtung von überparteilichen Jugendräten ein. Diese sollen dazu berechtigt sein, Anträge in die Bezirksversammlung einzureichen.

■ Der Bezirk Hamburg-Nord erstreckt sich von Hohenfelde bis nach Langenhorn und von Hoheluft-Ost bis nach Ohlsdorf. Die Probleme und Bedürfnisse in den verschiedenen Stadtteilen und Quartieren sind unterschiedlich. Darum wollen wir die Stadtteilbeiräte wie etwa in Barmbek-Nord, Dulsberg oder im Quartier Essener Straße stärken und bei Bedarf in allen Stadtteilen Stadt-

teil- bzw. Quartiersbeiräte ermöglichen. Die dadurch entstehenden ehrenamtlichen Strukturen wollen wir dort, wo es notwendig ist, professionell unterstützen und dafür auch eine nachhaltige Finanzierung sichern.

Grundvoraussetzungen für Beteiligung sind Transparenz und Information. Mit dem Transparenzgesetz können Hamburgerinnen und Hamburger inzwischen viele Informationen aus der Verwaltung abfragen. Für die Zukunft wollen wir die Hürden für die Informationsbeschaffung noch weiter abzubauen. Je weniger sich Menschen als Bittsteller gegenüber der Verwaltung fühlen und je mehr Informationen sie ohne besondere Anfragen aktiv im Internet zur Verfügung gestellt bekommen, desto größer wird die Akzeptanz von Entscheidungen und die Bereitschaft, Verantwortung zu übernehmen.

■ Bereits 2011 haben wir beantragt, dass die Sitzungen der Bezirksversammlung live im Internet übertragen werden. Leider wurde diese Initiative von den Mehrheitsfraktionen SPD und FDP ausgebremst. In der kommenden Wahlperiode wollen wir diese einfache Möglichkeit der Transparenz bezirklicher Politik, die wenig Geld kostet, endlich umsetzen.

■ Zudem setzen wir uns dafür ein, das fremdsprachige Angebot des Bezirks im Internet auszuweiten, um sprachliche Barrieren bei der Beteiligung abzubauen. Um alle Menschen an der

Willensbildung zu beteiligen, soll die jeweilige Information barrierefrei zugänglich sein und auch in leichter Sprache veröffentlicht werden. Bei wichtigen Planungsvorhaben in Stadtteilen oder Quartieren, in denen viele Menschen mit Migrationshintergrund und ohne ausreichende Sprachkenntnisse leben, sollten grundlegende Informationen in den wichtigsten Sprachen des Quartiers bereitgestellt werden.

Ohne engagierte Bürgerinnen und Bürger ist Demokratie nicht möglich. Auch die GRÜNEN sind dabei auf Sie angewiesen. Wenn Sie Ideen haben, auf Pläne oder Missstände aufmerksam werden und meinen „Dazu müssten doch die GRÜNEN mal etwas sagen“: Sprechen Sie uns einfach an! Wenn Sie Kritik an unserer GRÜNEN Bezirkspolitik haben: Sprechen Sie uns einfach an! Wenn Sie den Eindruck haben, dass die Medien, die Sie lesen, hören oder sehen, nicht ausreichend über die Bezirkspolitik berichten: Sprechen Sie uns einfach an! Unsere Bezirksfraktion informiert und diskutiert gern über unsere Aktivitäten in der Bezirksversammlung. Wir gehen politischem Streit nicht aus dem Weg und freuen uns, wenn wir wichtige neue Aspekte eines Konflikts berücksichtigen können. Und wenn Sie GRÜNE Politik überzeugt und Sie überlegen, sich mehr engagieren zu wollen, sprechen Sie uns an! Wir freuen uns immer über neue Mitstreiterinnen und Mitstreiter.

V.i. S. d. P.: BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN HAMBURG-NORD, KATJELMENDORF, BUSSESTRASSE 1, 22399 HAMBURG

WWW.GRUENE-NORD.DE

